

Steuern steigen

von Robin Klöppel

Brechner kritisieren: Land lässt Kommunen keine Wahl

Der neue kommunale Finanzausgleich bewirkt, dass die Gemeinde Brechen 280 000 Euro zusätzlich aufbringen muss – so die Bilanz der Gemeindevertreter bei der Verabschiedung des Haushalts 2016. Entsprechend gibt es Steuererhöhungen und Kritik am Land Hessen.

Brechen-Niederbrechen. Den Haushalt 2016 hat das Parlament am Mittwochabend einstimmig verabschiedet – mit Kritik am Land Hessen. CDU-Fraktionsvorsitzender Sebastian Frei erklärte, dass es mit großer Anstrengung erneut gelungen sei, einen ausgeglichenen Plan vorzulegen. Trotz seiner CDU-Zugehörigkeit sagte er aber in Richtung Wiesbaden: „Das Ganze ist gelungen, obwohl unserer Gemeinde durch das Land Hessen große Stolpersteine in den Weg gelegt wurden“.

Rechenspiele

Zunächst hätten die Gemeindevertreter aus der Zeitung erfahren, dass Brechen dank des neuen kommunalen Finanzausgleichs künftig mehr Geld bekommen werde. Dann hätten die Mandatsträger jedoch feststellen müssen, dass das Land die Berechnungsgrundlage geändert und die Gemeinde Brechen dadurch unter dem Strich ein Defizit von rund 280 000 Euro im kommenden Jahr zu erwarten habe. Als die Kommune davon erfahren habe, sei in der Verwaltung der Haushaltsentwurf bereits fertig gewesen und habe unter Zeitdruck umgeplant werden müssen. Die Folge für Brechen sei, dass nach 2013 und 2014 nun schon zum dritten Mal in dieser Legislaturperiode die Steuern erhöht werden müssen. Auch müssten die Kanalsanierungen um ein Jahr zurückgestellt werden. Es gelinge trotzdem, den Schuldenstand 2016 um knapp 350 000 Euro auf 2,38 Millionen Euro zu senken. Trotz allem könnten wichtige Investitionen getätigt werden, wie ein neues Löschfahrzeug für die Feuerwehr Oberbrechen, eine Beregnungsanlage für den Sportplatz in Werschau und in Niederbrechen, eine sichere Überquerungsmöglichkeit für Fußgänger über die Bundesstraße in Richtung R 8. Ein Schwerpunkt der kommenden Legislaturperiode werde die Sicherung der Emstalhalle sein, für die nächstes Jahr ein Gesamtkonzept erstellt werde. Wichtig sei auch, die Diakonie mit der Zentralstation in Niederbrechen zu halten.

SPD-Sprecherin Theda Ockenga zitierte aus der Hessischen Landesverfassung. Ihr Fazit: „Das heißt nichts anderes, als dass Bürgermeister und Gemeindevertretung als den gewählten Volksvertretern finanzieller Handlungsspielraum zur eigenverantwortlichen Gestaltung der gemeindebezogenen Belange garantiert wird.“ Ockenga beklagte sich über den mittlerweile enormen Einfluss des Landes, ohne dessen Vorgaben es Brechen ohne weitere Steuererhöhungen gelungen wäre, für 2016 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Nach ihrer Einschätzung wäre sogar noch zusätzliches Geld für die Erneuerung maroder, gemeindeeigener Straßen vorhanden gewesen. Doch Brechen müsse deutlich mehr an Kreis- und Schulumlage als finanzschwächere Kommunen zahlen. Die Investitionsmöglichkeiten seien folglich überschaubar. Die wesentlichsten Ausgaben würden sich im Brandschutz, im Ortschaftsbezirk, bei den Kindergärten, für die Emstalhalle sowie für den Sportplatz in Werschau finden. Die Planungskosten für ein neues Gewerbegebiet schienen, so Ockenga, in Hinblick auf die Zukunftssicherung der Gemeinde, vertretbar.

FWG-Fraktionsvorsitzender Gerd Roos meinte, mit dem Haushaltsplanentwurf für 2016 breche Brechen endgültig mit einer jahrzehntelangen und bewährten Tradition, den Haushaltsplan umsichtig, solide und nicht spekulativ zu konzipieren. „Dieses Mal übernehmen wir die Zahlen aus den Steuerschätzungen des Hessischen Finanzministeriums sowie die zu erwartenden Schlüsselzuweisungen 1:1 in unseren Haushaltsplanentwurf, kalkulieren damit unsere Einnahmen ohne einen finanziellen Puffer, der bei unerwarteten Mindereinnahmen oder nach unten korrigierten Steuerschätzungen die Möglichkeit bieten könnte, diese auszugleichen.“ Zusätzlich drehe Brechen noch einmal heftig an der Steuerschraube und erhöhe die Grund- und Gewerbesteuern deftig um bis zu 60 Prozentpunkte. Diese Entwicklung bereite der FWG große Sorge. Die Kritik gehe aber nicht an Bürgermeister Werner Schlenz (parteilos) und Verwaltung, sondern das Land, das die Kommunen zu solchem Vorgehen zwingt. Zudem kritisierte Roos, dass von oben Beschlüsse gefasst würden, die die Kommunen viel Geld kosteten, ohne dass Ausgleich geschaffen werde. So müsse die Gemeinde 2016 200 000 Euro mehr in die Kindertagesstättenfinanzierung stecken und weitere 150 000 Euro in die Umsetzung der Eigenkontrollverordnung. Roos bedauert, wenn Kommunen von oben aufgefordert würden, sich auf ihre Pflichtaufgaben zu beschränken. Die Gemeinde wolle weiter Vereine und Initiativen fördern, die wichtig für das soziale und kulturelle Leben Brechens seien.

Sebastian Steul (FDP) lobte, dass Brechen sich mit ausgeglichenem Haushalt und sinkenden Schulden auf einem guten Weg befinde. Ihn ärgere aber, dass die von CDU und Grünen geführte Landesregierung eigenen Schuldenabbau auf Kosten der Kommunen durchziehe. Steul sagte, er stimme für den Entwurf, weil es für die Gemeinde wichtig sei, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu haben. Wie das Land mit gewählten Parlamenten umgehe, verurteile er aber zutiefst.

BWG-Vertreter Heinz Werner Zimmermann machte es kurz und meinte, seine Vorredner hätten alles

schon gesagt, was er auch hätte sagen wollen.

(rok)

Artikel vom 27.11.2015, 03:00 Uhr (letzte Änderung 27.11.2015, 02:56 Uhr)

Artikel: http://www.fnp.de/lokales/limburg_und_umgebung/Steuern-steigen;art680,1721675

© 2015 Frankfurter Neue Presse